

Nr. 16/1059

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zentrale Rolle der Hafenwirtschaft für das Bundesland Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 21. Juli 2006
(Drucksache 16/1089)
2. Die Bedeutung der Kulturwirtschaft für Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 25. August 2006
(Drucksache 16/1113)
3. Hochschulplanung und Hochschulentwicklung im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 30. August 2006
(Drucksache 16/1118)
4. Jugend-Diversions-Projekt „Teen-Court“ als ergänzender Baustein zur Prävention von Jugend- und Kinderdelinquenz
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 12. September 2006
(Drucksache 16/1138)
5. Bekämpfung der Schwarzarbeit in Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 15. September 2006
(Drucksache 16/1140)
6. Bremen ganz hinten beim Bundesländer-Dynamik-Ranking
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Oktober 2006
(Drucksache 16/1153)
7. Bildung der Persönlichkeit als Leitbild für die Schulen im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Oktober 2006
(Drucksache 16/1156)
8. Der Kriminalität den Nachwuchs nehmen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 9. Oktober 2006
(Drucksache 16/1157)
9. Entwicklung Bremerhavens unter besonderer Berücksichtigung des Fischereihafens
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 9. Oktober 2006
(Drucksache 16/1158)

10. Hafen- und Logistikzentrum Links der Weser
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 10. Oktober 2006
(Drucksache 16/1161)
11. Erfahrungen mit der Einstiegsqualifizierung für Jugendliche EQJ
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 10. Oktober 2006
(Drucksache 16/1163)
12. Perspektiven für den Frauen-Strafvollzug in Bremen
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 10. Oktober 2006
(Drucksache 16/1164)
13. Europäische Struktur fondsförderung in Bremen nach 2007
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Oktober 2006
(Drucksache 16/1169)

Nr. 16/1060

Fragestunde

1. Breitbandiger Internetzugang
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Max Liess, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 10. Oktober 2006
2. Personalausstattung zur Bekämpfung der Wirtschaftsstrafsachen
Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Grotheer, Wolfgang Jägers, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 11. Oktober 2006
3. Initiative „FELIX“ in Bremens Kita?
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Michael Bartels, Karl Uwe Oppermann, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 13. Oktober 2006
4. Berater- und Gutachtenaufträge für Bremer Kliniken
Anfrage der Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Karl Uwe Oppermann, Dieter Focke und Fraktion der CDU vom 13. Oktober 2006
5. Verbis- und FEIN-Computerprogramme im Eltern-Kind-Arbeitszimmer im Haus des Reichs
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Helmut Pflugradt, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 13. Oktober 2006
6. Integration und Berufsausbildung
Anfrage der Abgeordneten Max Liess, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 16. Oktober 2006
7. Mehr Bürgerservice beim Stadtinformationssystem bremen.de erwünscht
Anfrage der Abgeordneten Anja Stahmann, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Oktober 2006
8. Bremer Strafgefangene auf der Flucht?
Anfrage der Abgeordneten Sibylle Winther, Rolf Herderhorst, Hartmut Perschau und Fraktion der CDU vom 26. Oktober 2006
9. Gewährung von Zuwendungen aus der Wasserentnahmegebühr
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Oktober 2006

10. Bremens Haltung zum Schornsteinfegermonopol
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Oktober 2006

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Keine sexistische Standortwerbung
Anfrage der Abgeordneten Ursula Arnold-Cramer, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 30. Oktober 2006
12. Auszubildende mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst
Anfrage der Abgeordneten Cornelia Wiedemeyer, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 31. Oktober 2006
13. Gewalt und Rassismus auf Fußballplätzen
Anfrage der Abgeordneten Jürgen Pohlmann, Hermann Kleen, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 8. November 2006

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 16/1061

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD und des Abgeordneten Hartmut Perschau und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Konzept der privaten Universität trägt: Großspende der ‚Jacobs Foundation‘ sichert die Zukunft der IUB“.

Nr. 16/1062

Prävention von Sexualstraftaten verbessern – Konsequenz besonders gegen Mehrfach- und Wiederholungstäter vorgehen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 6. Juni 2006
(Drucksache 16/1035)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 26. September 2006

(Drucksache 16/1150)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1063

Überschuldung privater Haushalte und Insolvenzverfahren

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 21. Juli 2006
(Drucksache 16/1088)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Bericht über folgende Fragen abzugeben:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat zur Verschuldung von Privathaushalten in Bremen und Bremerhaven vor?
 - a) Wie haben sich diese Zahlen in den letzten vier Jahren entwickelt?
 - b) Wie verteilen sich die Zahlen verschuldeter Haushalte auf die verschiedenen Stadtteile in Bremen und Bremerhaven?

2. Welche Ursachen sieht der Senat für die Überschuldung privater Haushalte?
3. Wie viele Personen sind in Bremen und Bremerhaven in den so genannten Schuldnerverzeichnissen bei den Amtsgerichten vermerkt, und wie haben sich diese Zahlen in den letzten vier Jahren entwickelt? Bitte die Darstellung differenziert nach Geschlechtern vornehmen.
4. Wie hat sich in den vergangenen Jahren die Anzahl der Privatinsolvenzverfahren bei den Amtsgerichten in Bremen und Bremerhaven entwickelt? Bitte die Darstellung differenziert nach Geschlechtern vornehmen.
Wie verteilen sich die Privatinsolvenzverfahren auf die Einkommensgruppen? Betreffen sie vorwiegend den Mittelstand oder die unteren Einkommensgruppen?
5. Hat der Senat Erkenntnisse über das Spektrum der am häufigsten beteiligten Gläubiger bzw. Branchen?
6. Wie viele Mitarbeiter sind bei den Gerichten mit diesen Verfahren beschäftigt? Welche Kosten entstehen für den Justizhaushalt durch die Insolvenzverfahren, und wie haben sich diese in den letzten vier Jahren entwickelt?
7. Trifft es zu, dass Bremen im Ländervergleich bei den Privatinsolvenzen an der Spitze liegt? Wie verteilen sich die Insolvenzverfahren auf die Bundesländer?
8. Welche Beratungsangebote bestehen in Bremen und Bremerhaven für überschuldete Bürgerinnen und Bürger?
 - a) Wie sind die Mitarbeiter in den Beratungsstellen qualifiziert, und wie werden sie fortgebildet?
 - b) Wie sind die Einrichtungen ausgelastet?
 - c) Hält der Senat es für erforderlich, die Bürgerinnen und Bürger noch mehr als bisher über Beratungsangebote zu informieren?
9. Die Finanzierung der Beratungsangebote wirft die Fragen auf,
 - a) aus welchen Mitteln die Beratungsangebote finanziert werden,
 - b) welche Anspruchsvoraussetzungen für die Betroffenen bestehen, um eine kostenlose Schuldnerberatung zu erhalten, und
 - c) ob die Fortführung der Beratungsangebote auch für die Zukunft gesichert ist?
10. Sieht der Senat ein Bedürfnis zur Reform der Insolvenzordnung?
 - a) Kann das Verfahren der Verbraucherinsolvenz effektiver und für die öffentliche Hand kostengünstiger organisiert werden?
 - b) Wie beurteilt der Senat die dazu auf Bundesebene vorliegenden Entwürfe?
 - c) Wie beurteilt der Senat den Vorschlag der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Restschuldbefreiung“, ein besonderes „Entschuldungsverfahren“ für Verbraucher gesetzlich einzuführen?
 - d) Inwieweit ist der Senat auf der Ebene des Bundesrates an den Beratungen zur Reform der Insolvenzordnung beteiligt, und welche inhaltliche Position vertritt er dabei?
11. Welche weiteren gesetzlichen Möglichkeiten – etwa im Vertragsrecht oder im Zivilprozessrecht – sieht der Senat, um der Verschuldung privater Haushalte stärker als bisher entgegen zu treten? Wie beurteilt der Senat die dazu von den Verbraucherschutzorganisationen, etwa zum Pfändungsschutz, entwickelten Vorschläge?
12. Welche Erkenntnisse hat der Senat, in welcher Höhe Jugendliche in Bremen und Bremerhaven durchschnittlich verschuldet sind?
13. Sind dem Senat Vorschläge bekannt, wie insbesondere der zunehmenden Verschuldung von Jugendlichen entgegengewirkt werden kann, und wie werden diese Vorschläge beurteilt? Hält der Senat die geltenden Regelungen im BGB („Taschengeldparagraph“) für ausreichend oder sieht er Verbesserungsmöglichkeiten?

Nr. 16/1064

Perspektiven des bremischen Strafvollzuges – Resozialisierung und Sicherheit in den Vollzugsanstalten in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 18. Juli 2006
(Drucksache 16/1081)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. November 2006

(Drucksache 16/1182)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1065

„Schwitzen statt Sitzen“

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 18. September 2006
(Drucksache 16/1142)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zu prüfen

1. in wie vielen Fällen in den vergangenen drei Jahren in den Justizvollzugsanstalten Bremen und Bremerhaven wegen Uneinbringlichkeit von Geldstrafen eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßt wurde,
2. wie hoch die Kosten im Vollzug pro Tag für das Absitzen dieser Ersatzfreiheitsstrafen sind,
3. welche Möglichkeiten von Vermittlungsverfahren zur gemeinnützigen Arbeit bisher in Bremen existieren, und in welchem Umfang statt der Verbüßung der Ersatzfreiheitsstrafe gemeinnützige Arbeit geleistet wurde,
4. inwieweit diese Möglichkeiten weiter auszubauen sind, um die gemeinnützige Arbeit als strafrechtliche Sanktion verstärkt zum Einsatz zu bringen,
5. inwieweit die Ableistung gemeinnütziger Arbeit als Teil der Straffälligenhilfe sozialpädagogisch begleitet wird,
6. inwieweit in Bremen hierbei eine Zusammenarbeit mit etablierten Trägern der Straffälligenhilfe besteht, die durch langjährige Erfahrung und bedarfsorientierte Angebote Unterstützung für solche Programme bieten, und wie diese Zusammenarbeit ausgebaut werden kann,

und der Bürgerschaft (Landtag) über das Ergebnis dieser Prüfung bis zum 31. Dezember 2006 zu berichten.

Nr. 16/1066

Zwischenstand und Perspektiven für eine Weiterentwicklung der Eigenverantwortung der Schulen des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 11. Juli 2006
(Drucksache 16/1076)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1067

Projekt „Eigenverantwortliche Schule“

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 20. Juli 2006
(Drucksache 16/1087)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2006

(Drucksache 16/1175)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1068

Kinder und Jugendliche mit Tourette-Syndrom im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 20. Juli 2006

(Drucksache 16/1085)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. September 2006

(Drucksache 16/1144)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1069

A. Bericht über „Entbürokratisierung und Modernisierung der Verwaltung sowie Abbau von Regelungen“

B. Zweites Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts

Mitteilung des Senats vom 5. September 2006

(Drucksache 16/1122)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/1070

Rechnung des Rechnungshofs über seine Einnahmen und Ausgaben in Kapitel 0011 des Haushaltsjahres 2005

vom 9. Juni 2006

(Drucksache 16/1045)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 16/1071

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zu der Rechnung des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (Drs. 16/1045)

vom 9. Oktober 2006

(Drucksache 16/1160)

Gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung wird dem Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen wegen der Rechnung über seine Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2005 in Kapitel 0011 des Haushalts der Freien Hansestadt Bremen Entlastung erteilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/1072

Gesetz zur Beitreibung von Gebühren- und Auslagenrückständen bei der Zulassung von Fahrzeugen im Lande Bremen (Beitreibungserleichterungsgesetz Kfz-Zulassung – BEG HB)

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2006
(Drucksache 16/1172)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/1073

Bremisches Ausführungsgesetz zum Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (BremAGTierNebG)

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2006
(Drucksache 16/1173)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/1074

Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2005 (Beleihungsbericht 2005)

Mitteilung des Senats vom 31. Oktober 2006
(Drucksache 16/1174)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechtes für das Jahr 2005 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 16/1075

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Insa P e t e r s - R e h w i n k e l

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Joachim Schuster zum Mitglied und die Abgeordnete

Edith W a n g e n h e i m

anstelle des Abgeordneten Dr. Carsten Sieling zum stellvertretenden Mitglied des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.

Nr. 16/1076

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Gisela S c h w a r z

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Joachim Schuster zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 16/1077

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Performa Nord

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Insa P e t e r s - R e h w i n k e l

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Joachim Schuster zum Mitglied des Betriebsausschusses Performa Nord.

Nr. 16/1078

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 14. November 2006

(Drucksache 16/1196)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wolfgang G r o t h e e r

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Joachim Schuster zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 16/1079

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Klinikverbund“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Björn T s c h ö p e

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Joachim Schuster zum Mitglied und die Abgeordnete

Karin M a r k u s

anstelle des Abgeordneten Björn Tschöpe zum stellvertretenden Mitglied des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Klinikverbund“.

Nr. 16/1080

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wolfgang G r o t h e e r

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Joachim Schuster zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration.

Nr. 16/1081

Gesetz zur Einführung einer Strategischen Umweltprüfung und zur Umsetzung der SUP-Richtlinie

Mitteilung des Senats vom 7. November 2006

(Drucksache 16/1180)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 16/1082

Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 7. November 2006
(Drucksache 16/1181)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/1083

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 50
vom 7. November 2006**

(Drucksache 16/1184)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/1084

Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes

Mitteilung des Senats vom 19. September 2006
(Drucksache 16/1143)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung mit Änderungen (Drucksache 16/1188).

Nr. 16/1085

Gesetz zur Änderung des Meldegesetzes

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 13. November 2006
(Drucksache 16/1188)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 16/1143 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 16/1086

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wissenschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Jan H o l t h u i s

anstelle des Abgeordneten Wolfgang Grotheer zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wissenschaft.

